

Günter Verheugen

Rede am 11. November 2018 im Berliner Dom

Das ganze Europa soll es sein

Das ganze Europa sollte es sein - mindestens. Denn der erste Weltkrieg verwüstete nicht nur den europäischen Kontinent, sondern ergriff auch wichtige andere Teile der Welt. Millionen Menschen, die starben, aber nicht die, den Krieg angezettelt hatten. Millionen, die im Kampf, im Gas verkrüppelt wurden. Es traf nicht die, die an den Waffen und am Gas verdienten. Der Hunger nach Macht, Einfluss und Profit fraß Menschen und Tiere und Land. Nach 4 Jahren trat schließlich am 11. November 1918, 11.00 Uhr der Waffenstillstand in Kraft. Bis ins die letzte Minute wurden gestorben. Sinnlos. Historiker, wenn sie die Bilanz dieses ersten verheerenden Krieges des 20. Jahrhunderts beschreiben, zählen die Toten, die Verwundeten, berechnen die materiellen Schäden, analysieren die politischen Folgen. Sie versuchen, die Antwort zu finden, wie das alles geschehen konnte. Ich glaube nicht, dass es die eine, alles erklärende Antwort darauf gibt. Obwohl die Archive geöffnet sind, alle wesentlichen Tatsachen bekannt sind, bleibt es letztlich unfassbar, mit welcher Begeisterung einfache Menschen in den Krieg zogen. „Mit klingendem Spiel“, wie sich ein längst verstorbener Teilnehmer dieses Krieges erinnerte. Es bleibt unfassbar, dass viele, viel zu viele sogenannte große Geister jener Zeit den Krieg mit Leidenschaft begleiteten, weil sie es für ihre Pflicht hielten oder für Patriotismus.

Es bleibt unfassbar, dass immer wieder neue Todeskandidaten an die Front geschickt werden konnten, im Kampf um ein paar Meter Erde, die plötzlich zum Maßstab für Treue gegenüber dem eigenen Land wurden. Dieser Erste große Krieg im letzten Jahrhundert wurde zu einem großen Bruch mit allen humanitären Überzeugungen, die die Aufklärung in die Welt gebracht hatte. Aber, wie wir heute wissen, die Barbarei sollte noch wesentlich grauenhaftere Formen annehmen, nur zwei Jahrzehnte später, so als hätte dieser erste Krieg noch nicht alle Grenzen des Unmenschlichen ausgelotet. Und wieder ging es um das ganze Europa, ach was, die ganze Welt, die unterworfen und in Besitz genommen werden sollte, durch die, die sich zur Herrenrasse aufschwangen. Und wieder willige Propagandagläubigkeit. Willige Schlachtbankopfer. Und Kriegsgewinnler auch. Die die das Gas produzierten, die Flugzeuge, die Panzer, die Uniformen, ja selbst die Medizin für die Verwundeten.

Ich werde an dieser Stelle, heute, hundert Jahre nach dem Ende des ersten Weltkrieges, 104 Jahre, nachdem der große Tabubruch begann, nicht eine zusätzliche historische Erklärung für dieses große politische Verbrechen eines räuberischen Krieges und menschlichen Massenmords versuchen. Ich möchte es bei einem Hinweis belassen, einer Warnung. Die These vom Hineinschlittern in diesen Krieg, den eigentlich niemand wollte, sollten wir nicht glauben. Das Bild, das dazu in jüngster Zeit geprägt wurde, von Nationen, die wie Schlafwandler auf die Katastrophe zusteuern, scheint mir sehr vereinfacht. Es hat mich deshalb auch besorgt gemacht, dass Christopher Clarks Buch „Die Schlafwandler“ in unserem Land eine so freundliche Zustimmung und bereitwillige Aufnahme gefunden hat. So, als könnten wir uns nun erleichtert zurücklehnen, aufatmen. Wenigstens die Eliten haben damals gewusst, was sie taten.

Es muss beunruhigen, wenn ein kluger Amerikaner und Leiter der renommierten Denkfabrik „Stratfor“, Friedman 2016 steif und fest behauptete, auch im 21. Jahrhundert wäre Europa zu einem nächsten Krieg verdammt. Nicht, weil wir es wollen, sondern weil die Interessenlage ihn irgendwann unausweichlich macht. Das entspricht exakt der Denkart, dem Erklärungsansatz von Clark.

Wir leben in einer Zeit größter Unsicherheit und der Sehnsucht nach festen Wurzeln, nach einem Halt, nach etwas Unverrückbarem, das Stetigkeit bietet und vertraut ist. Das ist allzumenschlich. Es ist ein universelles menschliches Gefühl. Egal, wo Menschen zu Hause sind, jeder sucht danach, in der Familie, bei Freunden, in der Gemeinde oder Stadt, in der Region, im Land, in anderen Teilen der Welt. Aber dieses

Gefühl ist missbrauchbar. Durch Nationalismus, durch die vermeintlich volksnahe, also populistische Erklärung, feste Wurzeln bestünden nur in der Abgrenzung, dem Herunterreden und in der Abwehr von allem, was der Einzelne nicht als vermeintlich „seins“ ansieht.

Deutsche und europäische Entdecker haben die Welt erkundet, denken Sie an Vasco da Gama, an Columbus, sie haben die Welt versucht, besser zu verstehen und vermessen, so wie Alexander von Humboldt, aber dennoch leben wir noch nicht in einer Zeit, in der Menschen die Welt als ihr ureignes Zuhause ansehen. Wir verstehen das Zusammenleben der Völker nach wie vor nicht. Nationen, das sind nichts anders als Einwohner, die in einer großen Gemeinschaft ihre Grundstücksflächen abgegrenzt haben, und dort nach ihrer Facon leben.. Und keine dieser Nationen wird auf magische Weise aus der näheren und ferneren Nachbarschaft verschwinden, oder sich in Luft auflösen. Sie werden diese Erde weiter bevölkern, so wie wir. Da können wir uns auf den Kopf stellen, alle möglichen realen Sorgen und Vorurteile haben, diese Nachbarn verschwinden nicht. Es sei denn, sie werden vernichtet. Im Krieg. Und dieser große, dritte Krieg, das wissen wir längst, würde dazu führen, dass wir allesamt nicht sein werden, nicht mehr aufzufinden, wie Karthago in jenem Gedicht von Brecht.

Wenn wir das einmal ganz verstanden haben, dann fällt es uns möglicherweise auch leichter, uns mit der Frage befassen, warum wir heute in unserem Land eine Diskussionsunkultur dulden, die in Zügen durchaus an die Zeit vor dem ersten Weltkrieg erinnert: Damals entstanden sehr mächtige Stereotypen. Zuerst sprach man noch: die russische Regierung oder die französische oder die englische oder die deutsche. Dann hieß es Russland, Frankreich, England, Deutschland. Dann folgte der Russe, der Franzose, der Engländer, der Deutsche. Dann wurden die Adjektive hinzugefügt: der barbarische Russe, der hinterhältige Franzose, der treulose Engländer, der kriegslüsterne Deutsche. Und am Ende lautete aus deutscher Sicht die Melodie: jede Schuss ein Russ, jeder Stoß ein Franzos, jeder Tritt ein Brit. Merken Sie etwas?

Wir hatten es damals mit einer schrittweisen Eskalation des böartigen Herunterredens von Eigenschaften anderer Menschen, die in anderen Grundstücksgrenzen, also anderen Nationen leben, zu tun. Fehlverhalten einzelner wurde zum angeblichen Symptom des jeweiligen Nationalcharakters.

So etwas passiert niemals spontan. So etwas wird propagandistisch gesteuert und zur Legitimierung von Zwecken verwendet, die nur auf Kosten anderer erreichbar sind. So hatte das wilhelminische Zeitalter ein Selbstverständnis entwickelt, das die deutsche Kultur und das Deutsche schlechthin als höherwertig gegenüber allem anderen betrachtete. Geibel mag ein harmloser Klein-Poet gewesen sein, aber sein „Und es mag am deutschen Wesen einmal noch die Welt genesen“ , hat eine Wirkungsgeschichte und die war pures Gift. Von dort, bis zum Rassenwahn der Nazis war nur ein kleiner Schritt. Es ist aber auffällig, dass die heutige Diskussion über unsere Identität, die immer die Referenz zur „Kulturnation“ Deutschland enthält, wie könnte es auch anders sein, völlig unterschlägt, dass es zur deutschen Tragik gehört, dass die Kulturnation selbst die perverse Idee hervorbrachte, Deutschland wäre allein schon wegen seiner überragenden Kultur quasi naturrechtlich für den Platz des Weltenlenkers bestimmt. Die Nazis sahen überhaupt keinen Widerspruch in ihrer Verehrung für Goethe und ihrem nicht minder unerschütterlichen Glauben, die Tötung von Juden oder Bolschewiken sei wegen ihres „Untermenschentums“ notwendig: Eine notwendige Handlung, kein Mord.

Was die Zukunft auch immer für uns bereithalten mag, wir werden alle Kräfte zusammenfassen und unsere Fähigkeiten bündeln müssen, um das friedliche Zusammenleben von bald neun Milliarden Menschen zu sichern.

Lassen sie mich einige der Herausforderungen kurz in Erinnerung rufen: Klimawandel und fortschreitende Zerstörung unserer drei natürlichen Lebensgrundlagen, von Boden, Luft und Wasser. Völkerwanderungen, die durch diesen Klimawandel entstehen könnten. Wenn das Wasser versiegt, oder wie es für Bangladesh prognostiziert ist, bis ans Knie steigt, werden Menschen ein neues Zuhause suchen, suchen müssen.

Wir würden auch loslaufen müssen, wenn unsere Felder vertrocknen, das Vieh verendet, weil über Jahrzehnte kein Regen mehr fällt. Schon heute gibt es einen anschwellenden Strom von Migranten, dem eine wirtschaftliche und soziale Notlage zugrunde liegt oder den Kriege, Krisen und Konflikte produzieren. Die Flüchtlinge aus Afghanistan sind hier, weil dort Krieg herrscht. Das gilt für die Menschen aus dem Irak und aus Syrien ebenfalls. Schwarzafrikaner gelangen nach Europa, weil der subsaharische Teil des Kontinent extrem instabil ist: Krisen, bewaffnete Konflikte, eine chancenlose Jugend, um nur einige Ursachen zu erwähnen. Die ungleiche und zutiefst ungerechte Verteilung des Wohlstandes in der Welt ist ein immerwährender Krisenherd. Wer glaubt, wir in Deutschland hätten den Wohlstand erarbeitet und also verdient, und die anderen müssten zu Hause einfach nur besser arbeiten, hat ein ganz elementares marktwirtschaftliches Prinzip nicht verstanden. Der Reichere gewinnt selbst im fairen Austausch immer mehr als der Arme. Aber selbst der faire Austausch ist heute nicht die Regel. Diese Ungerechtigkeit wird weiter potenziert im globalisierten Agieren Internationaler Konzerne. Diese prellen schon entwickelte Gesellschaften um Steuereinnahmen, unentwickelte Gesellschaften sind für sie ein Paradies. Oder nehmen wir die ärmeren mittel- und osteuropäischen Mitglieder der EU: Sie erhalten von uns Unterstützung in Form von Hilfen für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung. Wir fühlen uns als Geber, großzügig ausgedrückt, als Zahlmeister, wenn wir darüber klagen. Tatsächlich, das hat der französische Ökonom Piketty ausgerechnet, ziehen internationale Unternehmen mehr Profite aus diesen Ländern ab, als wir in sie hineinstecken. Was für die einen ein gutes Geschäft ist, ist für die Gemeinschaft der Staaten ein Problem. International werden so Probleme geschaffen und die Gemeinschaft der Völker noch hat keine adäquaten Mittel, diesen Probleme die Stirn zu bieten. Und schließlich, die alles nach wie vor überschattende Frage der Rivalität heutiger und kommender Supermächte. Im Nuklearzeitalter ist das die Frage über Leben und Tod. Nicht einer Nation, nicht von zwei Nationen, sondern unseres Überlebens als Zivilisation. Die heutigen Waffen sind nicht mehr die Bomben, die Hiroshima und Nagasaki verwüsteten. Die heutigen Waffen bedeuten, dass es bei einem großen Krieg – ob gewollt oder aufgrund eines Computerfehlers- dazu käme, dass bis zu 3 Milliarden in den ersten 6 Monaten sterben werden, weitere Milliarden werden in einer Jahrzehnte andauernden Dunkelheit und Kälte langsam verhungern. Die wenigen, die übrig bleiben, werden keine Kirchen besuchen oder Schulen. Sie werden über nichts mehr verfügen, was unser heutiges Lebens ganz selbstverständlich ausmacht. Dieser ganz grundsätzlichen Bedrohung hat die Münchner Sicherheitskonferenz in diesem Februar 20 Minuten geopfert, und mit Vertretern der Bewegung gegen Atomwaffen gesprochen, die den Friedensnobelpreis bekam. 120 Staaten auf dieser Welt haben es inzwischen gründlich satt, dass ihr Schicksal von Atommächten bzw. der NATO in Geiselnhaft genommen wird. Aber da wir Teil dieses Problems sind, schweigen wir lieber darüber oder beschönigen es oder reden es klein. Und empfinden kaum Angst, trotz der Tatsache, dass der sogenannte Kalte Krieg wieder die Welt im Griff hat.

Und eine allerletzte, aber nicht minder existenzielle Frage: was bedeutet die Digitalisierung und die Entwicklung künstlicher Intelligenz für die Menschheit? Wir versprechen uns Fortschritt. Aber wie werden die Folgen sein, wenn Menschen schlicht unnütz werden? Wenn künstliche Intelligenz Entscheidungen über Menschen trifft?

In Europa leben heute bereits Millionen von Kindern, deren Lebenserwartung so ist, dass sie die ersten beiden Jahrzehnte des 22. Jahrhunderts erleben können. Haben wir eine Vorstellung davon, wie die Welt dann aussehen wird. Natürlich nicht. und ganz sicher können wir nur annehmen, dass sich die Welt in den nächsten 50 Jahren stärker verändern wird, als in den ganzen 10.000 Jahren unserer Zivilisationsgeschichte. Ob und wie diese Kinder das nächste Jahrhundert erleben werden, hängt von Entscheidungen ab, die wir heute treffen. Manchmal beschleicht mich die Sorge, dass die wirkliche Frage nicht die ist, wie die Menschheit das nächste Jahrhundert erlebt, sondern ob ihr das überhaupt gelingt.

Die globale Governance der Zukunft kann mit den heutigen Instrumenten nicht geleistet werden. Wir brauchen eine funktionierende und handlungsfähige globale Gemeinschaft. Dahin zu kommen, dazu einen

Beitrag zu leisten, dass ist der Auftrag für uns Europäer. Wir sollten damit anfangen, die Vereinten Nationen wieder in ihr Recht zu setzen und die tägliche Missachtung des Gewaltmonopols als das kriminelle Unrecht bezeichnen, das es ist. Die systematische Schwächung der UNO hat Methode. Unsere Antwort kann nur sein: nicht mit uns.

Wir sind ja durchaus lernfähig. Nach dem ersten Weltkrieg hatte man ja durchaus erkannt, dass man internationale Institutionen brauchte, um Frieden möglich zu machen. Die herkömmliche Allianzpolitik war auf ganzer Linie gescheitert. Im Grunde war nach 1918 die Zeit reif für einen politischen Zusammenschluss, aber das Misstrauen saß zu tief. Das Bedürfnis nach Bestrafung oder nach Revanche war zu stark. Immerhin Die Schaffung des Völkerbundes war ein schritt in die richtige Richtung. Ich bin ohne Nostalgie im Hinblick auf die Reiche, die im Zuge des ersten Weltkrieges untergegangen sind. Aber was an ihre Stelle trat, eine große Zahl neuer europäischer Nationalstaaten, alle mehr oder weniger belastet mit Nationalitätenkonflikten und territorialen Auseinandersetzungen erwies sich als nicht zukunftsfähig. Im kollektiven Gedächtnis der Europäer ist das Scheitern der Demokratien in der Zwischenkriegszeit nicht verankert. Es ist aber wichtig, sich dieses Scheitern und seine Gründe bewusst zu machen. Die einzelnen Staaten waren schon damals nicht mehr in der Lage, die politischen und wirtschaftlichen Bedürfnisse ihrer Zeit zu erfüllen und Krisen zu begegnen. Es fehle die Dimension des Gemeinsamen, des Verbindenden. An Vorschläge hat es nicht gefehlt. Mehr als 100 ernsthafte Vorschläge zur europäischen Integration sind nach 1918 unterbreitet worden. Darauf und auf die Erfahrung der Zwischenkriegszeit konnte nach 1945 aufgebaut werden.

#Was die Entstehungsgeschichte der europäischen Integration angeht, dürfen wir die gängige Erzählung durchaus ein wenig gegen den Strich bürsten. Das sich die Völker über den Gräbern von Millionen die Hand gereicht und ein „Nie wieder Krieg“ versprochen hätten, ist eine etwas idealisierte Darstellung. Es mag unbequem sein, daran zu erinnern, dass von Anfang an der Gedanke der europäischen Integration nach 1945 eng verbunden war mit der Abwehr der sogenannten kommunistischen Gefahr. Die ganze Frage der Einbindung Westdeutschlands in europäische Strukturen hatte damit zu tun, dass dessen militärische und industrielle Strukturen zur, wie es damals hieß, Verteidigung des Westens gebraucht wurden, diese Kapazitäten andererseits aber unter Kontrolle gehalten werden mussten. Der Kalte Krieg und damit die Zementierung der europäischen Teilung machte aus der europäischen Integration ein rein westeuropäisches Projekt. Es war Einigung und Ausgrenzung zugleich. Um gerecht zu sein, muss man sagen, dass es eine große Zahl idealistischer Europäer gab, für die europäische Integration praktische Friedenspolitik bedeutete. Im Lauf der Jahrzehnte haben diese Idealisten der tatsächlichen Entwicklung der Integration immer wieder neue und starke Impulse gegeben.

Das Ende des Kalten Krieges eröffnete auf einmal die Möglichkeit, ein umfassenderes Konzept von europäischer Einigung zu verfolgen. Ich habe diese Rede unter die Überschrift gestellt „Das ganze Europa soll es sein“. Mir ist bewusst, dass das ein unpopuläres Programm ist. Mir ist auch bewusst, dass hier eine etwas heikle geistige Anleihe gemacht wird. Das ganze Europa soll es sein, ist eine Abwandlung einer Zeile aus dem Gedicht „Des Deutschen Vaterland“ von Ernst Moritz Arndt, 1813, und die hieß, das ganze Deutschland soll es sein. Arndt war ein glühender Patriot. Er träumte von einem deutschen Staat, der den gesamten deutschen Sprach- und Kulturraum umfassen sollte. Was uns Arndt verdächtig macht, ist nicht seine Polemik gegen die deutsche Kleinstaaterei sondern sein ungezügelter Franzosenhass.

Was hier zu lernen ist, ist folgendes: Wie vor 200 Jahren das zerstückelte Deutschland anachronistisch war, so ist es heute das heute faktisch immer noch zerstückelte Europa.

Europa ist nur teilweise integriert. Die Europäische Union ist nicht das ganze Europa. Wir haben es hier mit einer Sprachschlüderei zu tun, die Europa sagt, wenn die EU gemeint ist. Ich fürchte, dass sich hinter der ungenauen Sprache das wirkliche, engstirnige Denken verbirgt. Wenn unsere Medien zum Beispiel

formulieren: Europa muss eine Antwort auf Russland finden, dann impliziert das eine Ausgrenzung, erweist Russland ins Asiatische.

Wenn europäische Einigung die historische Lektion aus 2 Weltkriegen ist, dann ist es intellektuell unmöglich, die Länder auszuschließen, die die meisten Opfer zu beklagen hatten: Russland, Weißrussland und die Ukraine.

Das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland ist an dieser Stelle beeindruckend präzise.

Der erste Satz des Art 23 lautet:

„Zur Verwirklichung eines vereinten Europas wirkt die Bundesrepublik Deutschland bei der Entwicklung der Europäischen Union mit“

Das ist ein klarer Verfassungsauftrag, kein unverbindlicher Programmsatz. Er besagt erstens, dass die EU nicht Europa ist und zweitens, dass sie nicht das Endzweck ist, sondern ein Mittel zum Zweck.

Der Zustand der Europäischen Union ist bedrückend.

Dass sie scheitern könnte, haben bis vor kurzem nur Wenige geglaubt. Inzwischen ist das eine reale Gefährdung. In der EU und darüber hinaus bildet sich eine populistische Internationale, die ein Hauptziel verfolgt: Die europäische Integration zu zerstören. Die Ermüdungserscheinungen der EU und die populistische Welle kommen aus derselben Quelle. Obwohl es den meisten Menschen in der EU heute besser geht als jemals zuvor, verbreiten sich Zweifel und Ängste. Es ist keine große Kunst, diese Gefühle politisch auszubeuten. Was die Populisten und Nationalisten angreifen, ist nicht die Idee von irgendeiner Form europäischer Zusammenarbeit, es ist vielmehr das Neuartige, das geradezu Revolutionäre und Vorbildhafte an der EU-Integration, ihr spezifischer supranationaler Charakter. Das friedliche, freiwillige und gleichberechtigte Zusammenleben der Staaten wird diffamiert als eine Art Okkupation nationaler Selbstbestimmung. In der Brexit-Debatte in Großbritannien war neben der Zuwanderungsfrage genau das die Grundmelodie: „We want our country back“. Wörtlich übernommen von anderen populistischen Kräften wie der AFD in Deutschland mit ihrem Slogan „Wir holen uns unser Land zurück“.

Die große Lüge besteht darin, dass in der Welt von heute für einen einzelnen Staat Selbstbestimmung und souveränes Handeln auf sich allein gestellt nicht mehr möglich sind. Auch als Europäer können wir nur noch gemeinsam Gestaltungsräume gewinnen und Veränderungen schaffen. Wenn alles, was wir schon einmal gelernt haben, so grundsätzlich in Frage gestellt wird, muss es Fehlentwicklungen gegeben haben.

Tatsächlich ist die Balance zwischen den Ansprüchen der supranationalen Institutionen und den Bedürfnissen der einzelnen Staaten in der EU gestört. Zu sagen, dass die EU ausschließlich angetrieben wird, von einem Drang zur Gleichmacherei ist eine grobe und ungerechte Darstellung. Wohl aber muss die Frage gestellt werden, ob „Harmonisierung“ wirklich die Antwort auf alle Probleme ist. Die Auffassung, dass sich die EU durch immer mehr gemeinsame Regeln verwirklicht, ist falsch und gefährlich. Unser Kontinent ist geprägt von einer bewunderungswürdigen Vielfalt. Seine Identität erwächst nicht aus Einheitlichkeit, sondern aus der Verschiedenheit der Lebensformen, Sprachen und Traditionen. EU-Politik soll diese Diversität nicht einebnen sondern bewahren. In der politischen Praxis heißt das, dass sie mehr Flexibilität erlauben muss und mehr Rücksicht nehmen muss auf die verschiedenen Entwicklungsstände, Fähigkeiten und Erwartungen der Mitgliedstaaten. Das sperrige deutsche Wort Subsidiarität: supranationales Handeln ist nur dort erforderlich, wo die angestrebten gemeinsamen Zwecke mit nationalen Mitteln nicht erreicht werden können. Im nächsten Jahr werden die Spitzenpositionen der EU neu vergeben. Ich wünsche mir von den Frauen und Männern, die Verantwortung übernehmen werden, dass sie sich auch einmal zurücknehmen und erkennen, dass Weniger manchmal mehr sein kann.

Die gestörte Balance zwischen der supranationalen und der nationalen Ebene in der EU ist nicht der einzige Schwachpunkt. Es gibt auch einen Mangel an Führung und Orientierung. Niemand in der EU kann

wirklich sagen, wohin die Reise gehen soll. Auf die Beschreibung eines endgültigen Ziels wurde zwar von Anfang an verzichtet, aber natürlich gab und gibt es Vorstellungen über die sogenannte Finalité, also den Endzustand. Die sogenannten „wahren“ Europäer wollen natürlich die Vereinigten Staaten von Europa als einen föderalen Staat verwirklichen. Ob man diesen Wunsch nun teilt oder nicht: er ist vollkommen wirklichkeitsfremd. Ich kenne kein einziges europäisches Volk, das jetzt oder in absehbarer Zukunft bereit wäre, seine eigene Staatlichkeit zugunsten eines europäischen Superstaates aufzugeben. Technisch würde ein solcher Staat vielleicht manches vereinfachen. Wie aber zentrale Steuerung und Partizipation unter solchen Bedingungen verwirklicht werden sollen, ist eine unbeantwortete Frage.

Wir sollten auch nicht den Eindruck erwecken, als sei beabsichtigt, die Europäische Union auf den gesamten Kontinent auszudehnen. Realitätsnäher ist es, davon auszugehen, dass wir in Europa verschiedene integrierte Räume gleichzeitig und miteinander haben werden, die überall dort miteinander kooperieren, wo gesamteuropäische Bedürfnisse bestehen. Dafür zwei Beispiele: Die Chance, eine gesamteuropäische Friedensordnung oder weniger anspruchsvoll gesagt, eine gesamteuropäische Sicherheitsarchitektur zu schaffen, ist 1989 und danach durchaus erkannt, aber letztlich nicht genutzt worden. Die Idee vom gemeinsamen europäischen Haus, zu der sich alle europäischen Staaten sowie Nordamerika in der Charta von Paris 1990 bekannt haben, ist nicht durch Zeitablauf erledigt. Sie ist vielmehr dringender denn je. Diese Idee muss wiederbelebt werden in einer Situation, in der wieder einmal der Weg der Konfrontation und der gegenseitigen Hochrüstung beschritten wird. Eine Europäische Union, die sich ihrer selbst sicher ist, könnte allen europäischen Staaten und Nordamerika ein Angebot langfristiger und umfassender sicherheitspolitischer Kooperation machen. Dafür gibt es ein historisches Vorbild, die Schlussakte der KSZE, die 1975 in Helsinki feierlich beschlossen wurde, ein Kooperationsmodell, das unter anderem mit dazu geführt hat, dass sich die Blockkonfrontation auflösen konnte. Voraussetzung für das Gelingen eines solchen Versuchs mehr als 40 Jahre später wäre ein partnerschaftliches und auf Vertrauen gegründetes Verhältnis zwischen der EU und Russland. Wir mögen mit der russischen Politik in manchen Punkten nicht einverstanden sein. Allerdings denke ich: wenn ich Russe wäre, würde ich ebenfalls einige sehr kritische Fragen an die Politik des Westens zu richten haben. Die Tatsache bleibt bestehen, dass Russland zu Europa gehört und nicht ausgegrenzt werden darf, wenn wir Frieden und Sicherheit für ganz Europa schaffen wollen.

Das andere Beispiel betrifft die Wirtschaft. Der Gedanke eines gesamteuropäischen Wirtschaftsraumes, in dem zum Beispiel die EU und die Eurasische Union miteinander kooperieren, ist nicht neu. Daran ist unter der Formel „von Lissabon bis Wladiwostok“ bereits gearbeitet worden. Die Gewichte in der Weltwirtschaft verschieben sich dramatisch. Angesichts der wirtschaftlichen Dynamik außerhalb Europas und der demographischen Entwicklung in Europa ist ein engeres Zusammenrücken der Europäer nur vernünftig. Das würde uns auch in die Lage versetzen, gesamteuropäische Strategien gegen den Klimawandel und die Umweltzerstörung zu entwickeln. Freilich, um eine solche gesamteuropäische Perspektive zu gewinnen, muss die EU sprach- und handlungsfähig sein. Das ist keine technische Frage, wie diejenigen zu vermuten scheinen, die glauben, das Problem ließe sich durch die Einführung von Mehrheitsentscheidungen in der Außen- und Sicherheitspolitik lösen: Alle Instrumente und Mechanismen für eine gemeinsame Außenpolitik sind vorhanden. Dass sie nicht genutzt werden, liegt daran, dass die Mitgliedstaaten gemeinsame Außenpolitik fordern, auf nationale Außenpolitik aber nicht verzichten wollen. Ich bin auch nicht davon überzeugt, dass der EU-Einfluss in der Welt wachsen wird, wenn sie sich mit militärischen Kapazitäten versieht. Die plötzlich ausgebrochene Begeisterung für eine europäische, also EU-Armee wirft doch die Frage auf, zu welchem Zweck solche Streitkräfte wohl gebraucht werden sollen.

Die tiefere Ursache für das Unvermögen mit der berühmten, einen Stimme zu sprechen, liegt im Zustand der Europäischen Union selbst. Eine ganze Reihe von Hausaufgaben ist zu erledigen, bevor ein neuer großer Integrationsfortschritt erreicht werden kann. Es muss das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die Notwendigkeit und Nützlichkeit der EU soweit gestärkt werden, dass auf der nationalen Ebene die

Integrationsverhinderer keine ausreichende Unterstützung finden. Das Versprechen der Integration lautet: Frieden, Sicherheit und Wohlstand für alle. Tatsächlich sind die Vorteile, die die Integration bietet, ungleich verteilt. Von den beiden wichtigsten Errungenschaften der wirtschaftlichen Integration, dem Binnenmarkt und der Währungsunion profitieren die stärksten Staaten am meisten, die schwächsten am wenigsten. Die Abstände vergrößern sich. Sie entstehen zum Beispiel dadurch, dass ein Land gewaltige Exportüberschüsse erzielt und andere nicht mithalten können. In Deutschland hört man das nicht gerne, weil hierzulande der deutsche Exportüberschuss vor allem als Ausdruck deutscher Tüchtigkeit gilt. Deutschland wird lernen müssen, dass die europäische Integration nicht auf Dauer funktionieren wird, wenn es wenige Profiteure, aber viele Abgehängte gibt. An dieser Stelle möchte ich noch einmal auf die Stereotypenbildung zu sprechen kommen. Die aktuell zu beobachtende Verfestigung negativer Wahrnehmungen hängt zusammen mit der Art und Weise, wie die Schuldenkrise einiger Eurostaaten behandelt wurde und wird. Dabei spielt die mediale Begleitmusik eine besonders traurige Rolle. Die Deutschen sehen sich wieder einmal in einer Opferrolle. Sie sind der Zahlmeister, der Lastesel, der Musterschüler, der von den anderen nur ausgenommen wird, während sie die mit der Krise kämpfenden Völker als unfähig, faul, dem dolce far niente ergeben betrachteten. Umgekehrt taucht der hässliche Deutsche wieder auf, der ewige Schulmeister, der auf Regeln pochende Pedant und schließlich der Kraftprotz, der wieder einmal nach der Herrschaft über Europa greift.

Man kann sich leicht ausmalen, was solche gegenseitigen Verletzungen für den Zusammenhalt innerhalb der EU bewirken. Man füge noch die hysterische Diskussion über die Zuwanderung hinzu und den spalterischen Versuch, eine quotenmäßige Verteilung von Flüchtlingen innerhalb der EU zu erzwingen. Schließlich als letztes nehme man noch den bevorstehenden Austritt Großbritanniens, der den Eindruck verstärken wird, dass die Fundamente des Integrationsgebäudes wanken – und man hat alles zusammen, was das aktuelle Krisengefühl erklärt.

Ein Opfer dieser Krisenstimmung ist die Erweiterungspolitik.

Die politischen Eliten in den Hauptstädten und in Brüssel machen einen weiten Bogen um das Thema. Wer eine nationale Wahl verlieren will, muss in der EU nur sagen, dass er den Beitritt der Türkei unterstützt. Die EU hat ausdrücklich für ihre Erweiterungspolitik den Friedensnobelpreis erhalten. Der wurde natürlich gerne entgegengenommen. Es gab sogar Streit darum, wer das tun durfte. Doch die mit dem Preis verbundene Aufforderung, auf diesem Weg weiterzugehen, wurde geflissentlich ignoriert. Deshalb eine Klarstellung: die Frage, ob weitere Mitglieder in die EU aufgenommen werden sollen oder nicht, ist nicht in das Belieben der jeweiligen Regierenden gestellt. Die EU muss offen bleiben, für alle, die dabei sein wollen und bereit sind, die Bedingungen zu erfüllen und die Pflichten zu übernehmen. So steht es im Vertrag. In diesem Geist wurde die sogenannte Osterweiterung von 2004/2007 betrieben. Sie war kein Gnadentakt, es ging auch nicht um die Schaffung einer geopolitischen Einflusszone, sondern es ging um historische Gerechtigkeit. Warum sollten die Europäer, die nach 1945 das Unglück hatten, in den sowjetischen Einflussbereich zu geraten, nicht teilhaben dürfen? Wie könnte man begründen, dass der Schuldige am 2. Weltkrieg, Deutschland, die Vorteile der Integration genießen darf, die Opfer dieses Krieges aber nicht? Ich hatte das Glück, an diesem großen europäischen Projekt mitwirken zu können. Es ist eine der wichtigsten Erfahrungen meines politischen Lebens, dass meine deutsche Herkunft nicht ein einziges Mal zum Problem wurde. Ich konnte mit dem Vertrauenskapital arbeiten, dass sich die Bundesrepublik Deutschland als verlässlicher Partner in der europäischen Integration erarbeitete hatte. Es ist bedauerlich, dass die Politik es versäumte, die Erweiterung als die Erfolgsgeschichte darzustellen, die sie ist.

Natürlich haben sich nicht alle Erwartungen erfüllt, aber kann irgendjemand glauben, wir hätten in den neuen Mitgliedsländern mehr Freiheit, mehr Demokratie, mehr Rechtsstaatlichkeit und mehr Wohlstand, wenn die Erweiterung nicht stattgefunden hätte.

Das prinzipielle Offenhalten muss auch für die Türkei gelten. Ich fürchte, dass die europäische Kommission dem populistischen Zeitgeist erlegen ist, als sie vor wenigen Tagen den Abbruch der Beitrittsverhandlungen mit der Türkei verlangt hat.

Es gab gute Gründe für die seinerzeitige Einladung an die Türkei, nicht zuletzt deshalb, weil wir ein Interesse daran haben, sichtbar zu machen, dass der Islam kein Ausschließungsgrund ist. Auch der Islam gehört zu Europa. Es wäre wichtig, wenn gezeigt werden könnte, dass ein Land mit überwiegend muslimischer Bevölkerung die europäischen Grundwerte uneingeschränkt verwirklichen kann. Natürlich ist die heutige Türkei nicht beitragsreif. Sie war mit ihrer Reformpolitik schon einmal viel weiter als heute. Die EU ist nicht verantwortlich für die Entscheidungen von Präsident Erdogan und seiner AKP. Aber die EU hat ohne Not darauf verzichtet, auf die innere Entwicklung der Türkei Einfluss zu nehmen, als ab 2005 wichtige Mitgliedstaaten, allen voran Frankreich und Deutschland, die gemeinsame Türkei-Strategie der EU aufgaben und der Türkei erklärten, dass sie nicht willkommen ist. Ich will es dabei belassen und die strategischen Interessen im Zusammenhang mit der Türkei nicht weiter ausführen. Nur eines noch: Wenn wir die Türkei erst einmal für das politische Europa verloren haben, werden dieselben Kommentatoren, die jetzt die Türkei aus der Integration herausschreiben, ganz schnell nach dem Schuldigen suchen für das Missgeschick.

Und dann haben wir noch den Brexit. Ich glaube nicht, dass er noch zu vermeiden ist, und er wird ein schwerer Verlust für beide Seiten. Die eine Stimme, mit der EU in der Welt sprechen soll, wird auf jeden Fall deutlich schwächer sein ohne die Briten. Mir scheint, dass die Verhandlungsstrategie der EU gegenüber Großbritannien ein Ausdruck der Furcht ist, andere könnten dem britischen Beispiel folgen. Furcht ist kein guter Ratgeber. Sinnvoller wäre es, eine Lösung anzustreben, die für beide Seiten günstig ist. Großbritannien bleibt ein Teil Europas. Die Art und Weise, wie wir die Trennung vollziehen, wird das künftige Zusammenleben so oder so, positiv oder negativ, beeinflussen. Die Verhandlungen sind noch nicht beendet. Ich wünsche mir, dass die Staats- und Regierungschefs der EU, wenn sie entscheiden, sich nicht an Dogmen orientieren, sondern an Vernunft und Fairness.

Anlass unserer Begegnung heute ist der Waffenstillstand vor 100 Jahren, der nicht zu einem dauerhaften Frieden weiterentwickelt wurde. Diese Aufgabe stellt sich immer noch: Wie machen wir Europa zu einem sicheren Hort des Friedens, für immer. Bei allen Problemen und Risiken sind unsere Chancen heute besser als vor 100 Jahren. Wir haben die leitende Idee, wie es gelingen kann – mittels einer entschlossenen, glaubwürdigen Politik der europäischen Einigung. Meine Hoffnung und meine Zuversicht erwachsen aus Begegnungen mit einer jungen Generation in Europa, die sich umschaute in unserem Teil der Welt, miteinander reist, Erfahrungen austauscht und lernt. Oder wie hier in dieser Kirche, gemeinsam musiziert. Diese jungen Menschen werden besser verstehen als wir Heutigen, dass unser Auftrag zum Frieden sich nicht nur nach innen wendet sondern ebenso nach Außen. Wenn wir beitragen wollen, zu einer friedlichen Welt werden wir Gehör finden und gleichberechtigt an der Lösung globaler Fragen mitwirken müssen. Junge Menschen, denen Grenzen wenig oder gar nichts bedeuten, verstehen das vielleicht besser.

Mit diesem Ausblick sind aber keineswegs die aus der Verantwortung entlassen, die in der Gegenwart regieren. Drei Länder haben eine besondere Verantwortung, die sich aus ihrer Geschichte ergibt, Polen, Frankreich und Deutschland. Sie sollten vorangehen, mit Impulsen und gutem Beispiel. Aus unterschiedlichen Gründen nutzen alle drei die vorhandenen Möglichkeiten nicht. Sie sind mit sich selber beschäftigt. Proeuropäische Rhetorik genügt nicht. Das Kapitel Europa an den Anfang eines Koalitionsvertrags zu setzen, genügt nicht. Guten Gebrauch zu machen von europäischen Fördermitteln genügt allein auch nicht.

Führung in der EU geht nicht nach dem Prinzip von Befehl und Gehorsam, sondern gelingt nur durch Vorbild. Wir brauchen Politiker, die den Mut dazu haben und Bürgerinnen und Bürger, die solchen Mut belohnen. Das ganze Europa wartet darauf.

